

## Gegen Nazis in Demmin

Rund 600 DemokratInnen fanden sich am 8. Mai in Demmin ein, um gegen den geplanten Aufmarsch der NPD zu demonstrieren. Die Rechtsextremen versuchten wieder einmal, den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus für ihre menschenverachtende und rassistische Propaganda einzuspannen und zum Tag des Zusammenbruchs umzudeuten. Demmin sollte für diese Geschichtsklitterung herhalten, da sich hier Anfang Mai 1945 viele Menschen umbrachten. Doch die rund 200 Neonazis hatten die Rechnung ohne die anwesenden DemokratInnen gemacht, die Ihnen keinen Raum gaben, um ihre Ideologie auszubreiten. Selbstverständlich war DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern ganz vorn dabei, hauptsächlich vertreten durch die Mitglieder unserer Landtagsfraktion. Die Linksfraktion nutzte die gute Gelegenheit auch, um eine öffentliche Fraktionssitzung im Demminer Hafen abzuhalten und Engagement gegen rechts zu honorieren. Engagement gegen Rechts fordert Zivilcourage und ist oft mit einer hohen persönlichen Gefährdung verbunden. DIE LINKE hat sich daher 2007 entschlossen, einen Preis für die DemokratInnen auszuloben, die sich besonders um den Kampf gegen den Rechtsextremismus in unserem Land verdient gemacht haben. Seitdem wird der „Couragepreis“ alle



zwei Jahre zum Weltfriedenstag verliehen – das nächste Mal im Herbst 2013. Der Preis ist mit 2500 Euro dotiert und wird an Personen oder Initiativen vergeben, die sich mutig und vorbildlich gegen rechtsextremistisches Denken und Handeln engagieren. Die in den vergangenen Jahren eingegangenen Bewerbungen und Vorschläge haben gezeigt, dass es viele Menschen im Land gibt, die es nicht zulassen, dass sich rassistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut breit machen.

Text und Foto: [www.originalsozial.de](http://www.originalsozial.de)

**In dieser  
Ausgabe**

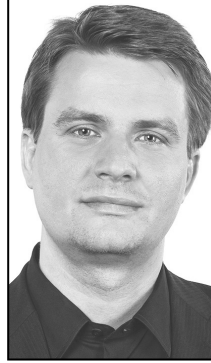
■ Seite 2 : Editorial  
■ Seite 3 : 1. Mai in Doberan  
Seite 4-7 : Kommunikation  
Seite 5 : Eine Erwiderung  
Seite 7 : IGeL-Angebote  
Seite 8/9 : 10. Seniorentag  
Seite 10/11: Plattdötsch

Seite 12 : Lüd hüt-Lüd gistern  
Seite 13 : Leserbrief  
Seite 14 : Chancengleichheit  
Seite 15 : Termine  
Seite 16 : Gegen die Hetze

# Editorial

DIE LINKE hat eine neue Führung: Katja Kipping und ein gewisser Bernd Riexinger. Wir werden in der Juli-Ausgabe ausführlich über Verlauf und Ergebnisse des Göttinger Parteitages berichten. Noch sind die Eindrücke zu frisch, um die geschichtliche Bedeutung dieses Parteitages bewerten zu können. Die Gräben sind tief. Nicht irgendwo, sondern auch mitten unter uns. Der Klartext wird die Krise der LINKEN in den kommenden Monaten begleiten. Einstweilen beschäftigen wir uns in der aktuellen Ausgabe mit Entwicklungen in unserem Landesverband, insbesondere mit der Landesbasiskonferenz, die positive und negative Reaktionen erfahren hat. Birgit Schwebs blickt noch einmal auf den 1. Mai in Bad Doberan zurück. Ein besonders lesenswerter Artikel. Karl-Ludwig Spengler warnt vor Abzocke bei Ärzten, und Wolfgang Schmidt berichtet vom Seniorentag in Hamburg. DIE LINKE wird in diesem Jahr fünf Jahre alt. Welche Gedanken bewegen Euch aus diesem Anlass? Schreibt uns bitte, ganz

egal ob fünf oder fünfzig Zeilen. Wir wollen Eure Gedanken in den kommenden Ausgaben des Klartext abdrucken. Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünscht Euch Carsten Penzlin



## KLARTEXT online

### Angst vor dem eigenem Volk

Anlässlich der Versammlungsverbote für die Blockupy-Aktionstage in Frankfurt erklären Sahra Wagenknecht und das Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes, Christine Buchholz: Mit einem Totalverbot sämtlicher politischer Versammlungen über zwei Tage versucht die Stadt Frankfurt die Blockupy-Aktionstage aus der Stadt zu halten. Einzig die Demonstration am 19. Mai ist erlaubt. Ein derartig umfassendes Demonstrationsverbot hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Wir protestieren gegen dieses undemokratische Vorgehen und haben uns in den vergangenen Tagen vehement dafür eingesetzt, dass die Proteste erlaubt werden.

Die Stadt Frankfurt und mit ihr die Regierenden, die zu diesen ungeheuren Vorgängen schweigen, scheinen derart Angst vor dem eigenen Volk zu haben, dass sie ihm fundamentale Rechte auf Versammlungsfreiheit versagen.

Wir tun alles uns mögliche, um unseren Protest mit dem Verbot und unseren politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Zugleich versuchen wir, wo es geht,

deeskalierend einzugreifen. Mehrere Abgeordnete sind als parlamentarische Beobachter unterwegs. Wir fordern alle, die sich dieser undemokratischen Praxis entgegenstellen wollen, auf, am Samstag, den 19. Mai zu der Demonstration nach Frankfurt zu kommen und zu zeigen, dass es einen gesellschaftlich breit getragenen, bunten und lautstarken Protest gegen den Demokratie- und Sozialabbau in der EU gibt.

Nach dieser beispiellosen Repression ist es wichtig, dass wir das Signal in die Republik, aber auch nach Europa senden, dass sich der Protest in Deutschland gegen das autoritäre und unsoziale Krisenregime nicht unterdrücken lässt.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan  
Marktstraße 1  
18209 Bad Doberan  
Telefon: 038203-62391  
Telefax: 038203-62180  
E-Mail: [dbr@die-linke-mv.de](mailto:dbr@die-linke-mv.de)  
Internet:  
[www.die-linke-rostock-landkreis.de](http://www.die-linke-rostock-landkreis.de)

Geschäftsstelle Güstrow  
Markt 34  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [gustrow@die-linke-mv.de](mailto:gustrow@die-linke-mv.de)

Redaktion:  
Edeltraud Crepon,  
Maren Haase, Lars Kulesch,  
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,  
Katharina Schlaack

Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

E-Mail: [redaktionklartext@yahoo.de](mailto:redaktionklartext@yahoo.de)

Layout:  
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner  
Auflage: 1.200

### Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:  
2,00 € pro Monat  
(Spende + Versandkosten)

# Erster Mai in Bad Doberan – war da nicht mal was?

Seit Anfang April schwebte es unübersehbar über der Kampspitze in Bad Doberan, das Plakat, das zum „traditionellen Mollilauf“ für die ganze Familie einlud. Viele Doberaner und auswärtige Sportbegeisterte folgten am 01. Mai dieser Einladung. Am frühen Vormittag begann das große Volksfest für jung und alt auf dem Kamp – mit viel Musik, Kinderbelustigung, Erbseneintopf und Bratwurst... Und auf dem Bahnhofsvorplatz trafen sich im strahlenden Sonnenschein ein Dutzend Biker, die sich für ihre Ausfahrt in den Mai rüsteten... Aber: Erster Mai in Bad Doberan – war da nicht mal was?

Ja, da war mal was...junges Grün, rote Fahnen und eine Springburg; Politik, kämpferische Diskussionen und Kinderlachen gehörten zum Ersten Mai in Bad Doberan... Vor langer Zeit, scheint es.

Seit mehr als 15 Jahren organisiert das Aktionsbündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Bad Doberan politische Aktionen, u.a. auch an jedem Ersten Mai. Das Bündnis besteht seit Mitte der 90-er Jahre und gleichberechtigte Mitglieder sind der Arbeitslosenverband und die Volkssolidarität, die Falken und die AWO, die SPD und die LINKE.

Anfangs fanden die Maiveranstaltungen – traditionell und kämpferisch – im Stadtzentrum, auf dem Kamp statt. Mit Springburg und politischen Reden, die an den Internationalen Tag der Arbeit erinnerten. Und daneben der (wirklich auch) traditionelle Mollilauf; so dass Sportbegeisterte und Politikinteressierte aufeinander trafen und sich austauschen konnten. Bis die neuen Organisatoren des Mollilaufes – der Kreisverband des DRK Bad Doberan – feststellten, dass Politik und Volkssport nebeneinander wohl nicht harmonierten und das Aktionsbündnis weichen musste...

Einmal ging es nach Kühlungsborn, auf den beliebten Mollie-Spielplatz, auf dem die SPD an diesem Tag seit Jahren ein Kinderfest organisiert...und Tage nach dem Ersten Mai eben jenes vom Aktionsbündnis organisierte (und finanzierte) Kinderfest als vollen Erfolg pries – selbstverständlich als eigenen! Was zu Verstimmungen im Aktionsbündnis führte und die Überzeugung festigte, dass dieser Platz wohl ungeeignet sei.

Im Jahr darauf zog das Aktionsbündnis in den „Rosengarten“, direkt gelegen zwischen den Gebäuden der Kreisverwaltung, keine 50 m entfernt vom Ziel des Mollilaufes, dem Kamp in Bad Doberan. Aber lei-

der gab es keinen Hinweis auf Infostände und Springburg, so dass die Organisatoren (ergänzt durch einen Infostand der GRÜNEN – immerhin standen ja Bürgermeister-, Landrats- und Landtagswahlen im darauf folgenden Herbst an) weitgehend unter sich blieben. Auch die Gewerkschaft hielt sich fern...

In diesem Jahr ein neuer Versuch des Aktionsbündnisses: der Spielplatz am sanierten Kornhaus. Alle trafen sich dort mit ihren Infoständen, Flyern und Süßigkeiten...: der Arbeitslosenverband, die AWO, die Falken, die SPD und die LINKEN – bei strahlendem Sonnenschein am Vormittag des Ersten Mai!

Genügend „Politprominenz“ – und damit die Chance auf politische Diskussionen – fand sich ein, Landrat Leuchert, die MdL's Fritz Tack (LINKE) und Stefanie Drese (SPD), der Bad Doberaner Bürgermeister Semrau und die StadtvertreterInnen der LINKEN, die Geschäftsführerin der AWO, Frau Wagner... Auch flotte Musik und die Springburg für die Kleinen fehlten nicht. Kinder aus der AWO-KITA zeigten ein kurzes Programm, Eltern und Großeltern freuten sich und spendeten Beifall...

Im Verlaufe des Vormittags kamen viele Eltern und Großeltern mit ihren Kindern-Einheimische und Urlauber – erfreuten sich am Sonnenschein und dem leckeren Kuchen aus dem Kornhaus Café. Ein Vormittag – ganz für die Familie also.

Aber: Erster Mai in Bad Doberan – war da nicht mal was? Fehlte hier nicht etwas Wesentliches? Wo war der traditionelle Anspruch des Ersten Mai zu finden? Lag es daran, dass auch in diesem Jahr die Gewerkschaft wieder durch Abwesenheit glänzte? Oder daran, dass die Landtagsabgeordnete der SPD anfangs das Ganze als Kinderfest eröffnete – es aber tunlichst vermied, auf die politische Dimension des Maifeiertages hinzuweisen? (Wie könnte sie auch; ist doch die SPD den HartzIV-Gesetzen immer noch fest verbunden!) Oder lag es auch daran, dass die LINKE zwar (mit Infostand und Mitgliedern) präsent, aber nicht wirklich als politische Alternative erkennbar war? Obwohl sie, ganz in der Tradition des Ersten Mai's Unterschriften für die Mindestlohnkampagne sammelte? Versteht mich richtig, liebe GenossInnen, das ist keine Kritik an den Organisatoren aus dem Aktionsbündnis (das es ohne das regelmäßige und intensive Engagement der LINKEN gar nicht mehr geben würde!!!). Und auch nicht an den GenossInnen, die sich am Kornhaus (oder im Kul-

turhaus in Teterow, im Barnstorfer Wald in Rostock, auf dem Markt in Güstrow...) trafen und miteinander diskutierten. Es ist eher eine prinzipielle Frage, die mich beschäftigt. Eine Frage an uns alle: War es das mit unserem politischen Anspruch an den Maifeiertag? Wo bleibt unser Protest gegen diese Gesellschaft? Haben wir nicht bessere politische Angebote als andere Parteien? Haben wir, ganz klar! Wir haben ein gutes Programm, seit vielen Monaten schon. Nutzen wir eigentlich unsere Möglichkeiten, unsere politischen Angebote, auch unsere politischen Alternativen zu dieser Gesellschaft unter die Leute zu bringen? Oder sind wir nur eine Partei unter den anderen bürgerlichen Parteien? Die Frage lässt sich auch weiter denken: warum verlieren wir an politischer Zustimmung, seit Jahren und in allen Bundesländern? Welche Aufgabe haben wir im Parteienspektrum der Bundesrepublik? Welchen Platz wollen wir einnehmen? Welche Angebote haben wir an Einwohnerinnen und Einwohner, die irgendwann auch mal unsere Wählerinnen und Wähler sein sollen?

Der Erste Mai – nicht nur in Bad Doberan hat es ganz deutlich gezeigt: da war doch mal was! Auch bei der LINKEN!

Birgit Schwebs



# Landesbasiskonferenz – was bleibt?

„Der Landesverband gibt ab Januar 2012 eine Mitgliederzeitung heraus. (...) Eine Zeitung erscheint als das einzige Medium, das allen Mitgliedern einen gleichberechtigten Zugang zur Information und Debatte schafft, unabhängig davon, ob sie das Internet nutzen, ob sie einer Strömung angehören, ob sie zur Teilnahme an den Versammlungen in der Lage sind oder ob sie bestimmten Gremien oder sonstigen Informationszirkeln angehören.“ So hieß es in einem Antrag, der dem Landesparteitag im August vorigen Jahres vorlag. Er fand keine Mehrheit, stattdessen wurde beschlossen: „Der Landesvorstand beruft zu dem Thema Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Landesverband eine Landesbasiskonferenz im Frühjahr 2012 ein.“

Diese Landesbasiskonferenz fand nun am 28. April in Greifswald statt. In seinem Eröffnungsvortrag erläuterte der stellv. Landesvorsitzende Gen. Björn Griese, wie innerparteiliche Kommunikation strukturiert sein sollte und welche Möglichkeiten zurzeit im Landesverband bestehen. Gen. Jochen Lansky (Mitglied der LAG Innerparteiliche Kommunikation) kritisierte in seinem Initiativbeitrag den gegenwärtigen Zustand der Kommunikation und wies auf die negativen Folgen für den politischen Erfolg der Partei hin. Er wählte einen Vergleich mit dem menschlichen Körper und meinte, der Patient Landesverband sei krank, die Nervenstränge der Kommunikation funktionierten nicht mehr bis in die Fingerspitzen.

Danach sprach Genossin Roswitha Clüver (ebenfalls LAG Innerparteiliche Kommunikation) über „Gewaltfreie Kommunikation“. Sie plädierte dafür, uns nicht immer wieder in ideologische innerparteiliche Streitigkeiten zu verbeißen anstatt un-

ser gutes Programm unter die Leute zu bringen. Vielfalt der Meinungen sollte als Bereicherung erkannt und andere Meinungen sollten nicht verurteilt werden.

Danach wurde die Konferenz in drei Arbeitsgruppen fortgesetzt: interne Kommunikation, externe Kommunikation, neue Medien. In der Arbeitsgruppe interne Kommunikation berichtete zunächst Genossin Andrea Johlige (Landesgeschäftsführerin Brandenburg) über bisherige Ergebnisse des Projekts „Parteireform“ in Brandenburg. Auch in Brandenburg gibt es keine landesweite Mitgliederzeitung, es wird darauf hin gearbeitet, dass in allen Kreisverbänden qualitativ gute Mitgliederzeitungen erscheinen.

Die anschließende Diskussion stand unter Zeitdruck. Sie wurde maßgeblich geprägt durch Beiträge der anwesenden Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer, die eine landesweite Mitgliederzeitung für nicht machbar erklärten und auf das persönliche Gespräch als wichtigstes Mittel der Kommunikation verwiesen. Allein Gen. Wolfgang Methling sprach sich für ein bundesweites Mitgliederjournal aus und fand es unverständlich, dass sich der Landesvorstand dagegen stellt.

Den Startbeitrag in der Arbeitsgruppe externe Kommunikation lieferte Steffen Twardowski, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Mit einer Vielzahl von Statistiken zeigte er die Wirkungsmechanismen von Öffentlichkeitsarbeit auf. Deutlich wurde in der Diskussion, dass Kommunikation nach außen immer auch ein Spiegelbild der internen Kommunikation ist. Echten Erkenntniszuwachs gab es bei den Teilnehmern hinsichtlich der Zuordnung verschiedener Kommunikationsmittel zu einzelnen Zielgruppen. Hier erkannten viele noch erheb-

liche Reserven beim effektiven und zielgenauen Einsatz unserer Mittel.

In der Arbeitsgruppe neue Medien erläuterte Mark Seibert, Mitarbeiter beim Bundesvorstand, welche Möglichkeiten das Internet eröffnet und was getan wird, sie zu nutzen. Ein interessanter Überblick, aber es blieb doch unbestimmt, wie wesentlich mehr Genossinnen und Genossen über das Internet erreicht werden können.

Zu Beginn der Konferenz hatte Björn Griese in seinem Vortrag betont, dass Kommunikation in zwei Richtungen funktionieren muss: von den Vorständen zu den Mitgliedern und von den Mitgliedern zu den Vorständen. Die Frage, wie man möglichst viele Mitglieder an der Meinungsfindung beteiligen könne, wie man Mitgliedern die Möglichkeit schafft, ihre Meinung landesweit zur Diskussion zu stellen, spielte dann aber im weiteren Ablauf der Konferenz eine zu geringe Rolle.

Die Basiskonferenz ging ohne gemeinsame Erklärung zu Ende, der Landesvorstand werde die Konferenz auswerten und dem nächsten Landesparteitag einen Beschlussantrag zum Thema vorlegen. Was bleibt, ist ein zwiespältiger Eindruck. Einerseits war es ein interessanter Gedankenaustausch, man konnte die eine oder andere Information mitnehmen, aber ob uns die Konferenz wirklich weitergebracht hat, müssen die nächsten Wochen zeigen. von Dietmar Stephan (LAG Innerparteiliche Kommunikation)

*Anm. der Red.: Im Landesvorstand ist die Konferenz von der übergroßen Mehrheit der in Greifswald Anwesenden als Erfolg bewertet worden. Es gibt eine Zusammenfassung der Ergebnisse als PDF-Datei, die bei der Redaktion des Klartext angefordert werden kann.*

## Über innerparteiliche Kommunikation in unserem Landesverband

In leicht gekürzter Form dokumentiert der Klartext den Vortrag des Gen. Jochen Lansky auf der Landesbasiskonferenz vom 28.4. in Greifswald:

Wir haben uns in Vorbereitung dieser Basiskonferenz mit Björn darauf geeinigt, dass zu Beginn der Konferenz auch ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft innerparteiliche Kommunikation sprechen soll. Ich möchte mich hauptsächlich auf

den Teil beschränken, mit dem sich auch unsere Landesarbeitsgemeinschaft befasst, nämlich auf die Kommunikation innerhalb unserer Partei. Ich stelle mir so einen Landesverband immer wie einen menschlichen Körper vor: der Kopf ist der Parteivorstand, die Arme und Beine sind die Kreisverbände, der Blutkreislauf sind die Finanzen, und die Schiedskommission ist vielleicht die Gallenblase. Wenn wir

heute über innerparteiliche Kommunikation sprechen, dann sprechen wir über das Nervensystem des Landesverbandes. Es ist für die Sinneswahrnehmungen im ganzen Körper zuständig, leitet Informationen zum Gehirn, sorgt dort für ihre Verarbeitung und gibt dann die Anweisungen an die Organe. Und dann muss man zu der Diagnose kommen:

*Fortsetzung Seite 5*

# Zum Interview in der OZ (26. Mai 2012) -eine Erwiderung-

Als die Ostsee-Zeitung mich vergangene Woche um ein Interview zur Lage der LINKEN bat, war ich darüber eigentlich recht froh. So konnte ich die Gelegenheit nutzen, und klarmachen, dass unsere Partei mehr zu bieten hat als Personalquerelen. Ich wollte vor allem über Inhalte reden.

Was daraus geworden ist, konntet ihr alle in der Ausgabe vom letzten Samstag lesen.

Zwar hat die Redaktion innerhalb der Zeilen wenig geändert, aber dafür wesentli-

che Passagen gekürzt – und zwar genau jene, die sich mit inhaltlichen Fragen beschäftigten. Dazu gehörte unter anderem auch Kritik an der Landesregierung, die im gedruckten Text gar nicht mehr vorkommt, in der von mir freigegebenen Version aber noch vorhanden war.

In der von mir autorisierten Fassung des Interviews habe ich von den „großen und wichtigen, alten Männern“ gesprochen. Das habe ich mit großem Respekt getan und dabei einen großen, wichtigen, alten und weisen Mann zitiert: Lothar Bisky.

Auch hier hat die Redaktion aus einer Formulierung, die Hochachtung vor der Lebensleistung von Genossen ausdrückte, eine Überschrift zurecht gekürzt. Leider muss die Überschrift nicht durch den Interviewten freigegeben werden. Das ich dieser Art von Verriss nie meine Zustimmung gegeben hätte, versteht sich von selbst.

Gesprochen habe ich aber auch über den Zustand unserer Partei, der mir große Sorge bereitet. Strömungsdanken und Grabenkämpfe schwächen DIE LINKE und machen sie handlungsunfähig. In der Vergangenheit gab es Versäumnisse, deren Folgen uns jetzt auf die Füße fallen. Dazu gehören meiner Meinung nach auch das konsequente Durchdeklinieren der Doppelspitze und eine mangelhafte Nachwuchsförderung. Diese Aussagen kann und werde ich nicht zurücknehmen, da sie meiner innersten Überzeugung entsprechen.

Was mich sehr gefreut hat, war die Art und Weise der Kritik einiger GenossInnen, die sich infolge des Artikels direkt an mich gewandt haben. Genau das ist es nämlich, was wir viel mehr brauchen:

Miteinander reden, statt übereinander!



Der Patient ist krank. Manche Nervenstränge sind nicht mehr funktionsfähig, Synapsen sind unterbrochen, ganze Körperregionen werden nicht mehr versorgt. Woran krankt die innerparteiliche Kommunikation in unserer Partei? Zunächst daran, dass wir nicht oder zu wenig über die richtigen Themen kommunizieren: Unser Landesverband befindet sich in einer existenziell bedrohlichen Situation. Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern hat die Anzahl ihrer Wähler zwischen 1998 und 2010 halbiert. Wählten 1998 noch 264.299 Mecklenburger und Vorpommern die Liste der Linken bzw. der PDS, so waren es 2010 nur noch 125.528. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Parteimitglieder erheblich reduziert. Waren 2009 noch 5.833 Menschen Mitglied unserer Partei, so sind es jetzt nur noch 5.123. In nur zwei Jahren ist die Zahl der Mitglieder des Landesverbandes um 13 % gesunken. Hier mag natürlich auch der Alterungsprozess gewirkt haben. Katastrophal ist aber, dass

uns gerade aktive und kritische Mitglieder verlassen haben, weil sie oft keinen Sinn mehr in weiterer Parteiarbeit sehen. Hinzu kommt, dass viele Genossinnen und Genossen sich im Landesverband nicht mehr engagieren, sondern sich in die Kommunalpolitik zurückgezogen haben. Dort sind diese Mitglieder zwar auch noch politisch tätig; an der Meinungsbildung im Landesverband nehmen sie jedoch nicht mehr teil. Was uns auch fehlt, ist der Zustrom jüngerer Mitglieder, die im aktiven Arbeitsprozess stehen. Motivation für neue Mitglieder wird nur erzeugt, wenn sie sehen: Hier ist eine Partei, bei der man aktiv an der Willensbildung teilnehmen, etwas bewegen kann. Hier werde ich gehört und habe Einfluss. Diesen Eindruck vermittelt unsere Partei nicht. Das Schlimmste aber ist, und das betrifft den Kern dieser Veranstaltung, dass über diese Entwicklungen in unserem Landesverband keinerlei Kommunikation stattfindet. Jedenfalls wird nicht geredet in den hierzu berufe-

nen Gremien, also Landesparteitag und Landesvorstand. Ich habe sehr gründlich die Reden von Helmut Holter und Steffen Bockhahn auf dem letzten Landesparteitag gelesen. Diese Reden waren ausgezeichnete, zum Teil rhetorisch ausgefeilte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. Was aber völlig fehlte, war die Beschäftigung mit der Situation des Landesverbandes: Warum laufen uns die Mitglieder weg? Warum wählen uns immer weniger Menschen? Warum ziehen sich immer mehr Genossinnen und Genossen zurück? Zur Situation des Landesverbandes findet sich in beiden Reden nicht ein Satz. Bezeichnend ist auch, dass wir einen Parteitag zum Thema Europa durchführen, während uns die Landespolitik und die Situation unseres Landesverbandes auf den Nägeln brennen sollten. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir uns die Auswertung unserer Regierungsbeteiligung in den Jahren 1998-2006 ansehen.

*Fortsetzung Seite 6*



Eine Partei, die schon einmal acht Jahre regiert hatte und nun wieder Regierungsverantwortung übernehmen will, tut doch gut daran, wenn sie sich darüber den Kopf zerbricht, warum sie abgewählt wurde und was sie beim nächsten Mal besser machen will. Indes kann ich eine ernsthafte, organisierte und strukturierte Diskussion zu dieser Frage nicht feststellen. Hier gab es viele Ansätze; eine Anzahl von Genossinnen und Genossen hat sogar ein Buch hierzu geschrieben. Von der Führung des Landesverbandes hat man aber zu derartigen Diskussionsansätzen bestenfalls gleichgültige, meist abwertende Bemerkungen vernommen. Eine Kommunikation fand nicht statt. Eine solche thematische Verengung der Kommunikation ist aber fatal. Eine Partei, die Veränderungen der Gesellschaft erreichen will, braucht nicht nur Funktionäre und Fraktionen, sondern aktive Mitglieder, die sich im Alltag für gemeinsame Ziele engagieren. Solche Ziele können nicht von oben verordnet, sondern nur im gemeinsamen Meinungsstreit entwickelt werden. Nur so kann man Mitglieder aktivieren und Akzeptanz und Engagement für politische Ziele erzeugen. Mit anderen Worten: Eine Partei, der so viele Wähler und Mitglieder weglaufen und die sich auf ihren Parteitagens schwerpunktmäßig mit Themen wie „Mauerbau“ und „Europa“ beschäftigt, ist in höchster Gefahr. Um wieder den Vergleich mit dem menschlichen Körper zu bemühen: Sie wirkt wie jemand, der gerade ertrinkt oder verhungert und sich hierbei Sorgen um sein Make-up macht. Hier liegt aber die Aufgabe des gewählten Landesvorstandes, und zwar eine seiner wichtigsten: Er muss die Themen setzen, er muss die Diskussion anführen und befeuern. Im Moment geschieht eigentlich das Gegenteil: Wenn von Bundesebene wie beispielsweise 2010 mit dem Brief der Parteivorsitzenden oder jüngst dem Papier des Bundesvorstandes über die Entwicklung der Linken bis 2020 Anstöße zur Diskussion gesetzt werden, werden diese nicht oder nur widerwillig aufgenommen. Im Gegenteil: Man äußert sich abwertend und herablassend. Ein solcher Zustand hat natürlich auch Folgen für die politische Arbeit der Partei. Eine Parteiführung, die die Informationen aus der Basis nicht hinreichend aufnehmen kann, wird mehr und mehr Fehlentscheidungen treffen. Das beste Beispiel ist die geradezu grandiose Fehleinschätzung, dass man mit unserem Landesverband einen Parteitag auf den 13. August legen und dort den Delegierten ein Bekenntnis zu einer Manifestation abnötigen kann, die viele als unhistorisch empfanden. Eine

solche Fehlentscheidung kann nur eine Parteiführung treffen, die die Meinung einer Vielzahl von Mitgliedern an der Basis entweder nicht kennt oder nicht interessiert. Was kann hier helfen? Die beste Möglichkeit für Kommunikation ist sicher das persönliche Gespräch. Aber auch hier sind die Möglichkeiten beschränkt. Immer weniger Mitglieder nehmen regelmäßig an Mitgliederversammlungen teil, auf denen auch nur zum Teil wirklich die Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen stattfindet. Auf Versammlungen in größerem Rahmen, Gesamtmitgliederversammlungen, Kreisparteitagen usw., die auch nur in größeren Abständen stattfinden, ist eine wirkliche Diskussion mit Rede und Gegenrede bis zur Klärung eines Problems nur in Ausnahmefällen möglich. Dennoch ist das persönliche Gespräch in kleinem und großem Rahmen unverzichtbar. Wir sollten uns bemühen, thematische Diskussionen unabhängig von hierarchischen Strukturen zu organisieren. Basiskonferenzen sind eine solche Möglichkeit, sie sollten nicht nur im Landesmaßstab, sondern auch in kleinerem Rahmen organisiert werden. Dann gibt es noch das Internet. Zwar schaffen wir es, hierüber eine Anzahl von Genossinnen und Genossen zu erreichen. Aber schon die Arbeit unseres Landesverbandes mit dem Internet ist nicht ausreichend. Ob die Internetseite unseres Landesverbandes ein Schaufenster interessanter und bunten Parteilebens ist, mag jeder von uns selbst entscheiden. Was jedoch völlig fehlt, ist die Nutzung des Mediums Internet zu einer breiten und lebendigen innerparteilichen Kommunikation, die über den Informationsaustausch von Funktionären und Mandatsträgern hinausgeht. Die LAG Innerparteiliche Kommunikation hat in den letzten Monaten versucht, durch einen Newsletter und eine Diskussionsplattform das virtuelle Leben unseres Landesverbandes interessanter und informativer zu machen. Das noch größere Problem für unsere Partei ist aber: Nur der kleinere Teil unserer Mitglieder nutzt dieses Medium. Wir müssen die Frage lösen: Wie beziehen wir die Mitglieder unserer Partei in die Kommunikation ein und erhalten und verstärken ihre Bindung an die Partei, die nicht das Internet nutzen, die nicht regelmäßig an Versammlungen und Diskussionsrunden teilnehmen oder teilnehmen können. Hier stellt sich wiederum die Frage nach einer Mitgliederzeitung. Ich hätte nicht gedacht, dass ich dem „Offenen Blatt“ einmal nachtrauern würde. Aber so ist es leider: Seit dessen Ende gibt es für Mitglieder ohne Internetanschluss kein Forum einer landesweiten

Diskussion mehr. Sogar zaghafte Anläufe von Bundesebene, eine bundesweite Mitgliederzeitung mit jeweiligen Landesseiten ins Leben zu rufen, werden vom Landesvorstand abgelehnt. Ich bin der Ansicht: Um eine Mitgliederzeitung, die jede Genossin und jeden Genossen erreicht, führt kein Weg herum, wenn wir dem Anspruch einer Mitgliederpartei Genüge tun wollen. Wir müssen uns nach meiner Ansicht auch Gedanken über die Auswirkungen des demographischen Wandels in unserer Partei auf die Kommunikationsstrukturen machen. Die Strukturen unserer Partei sind immer noch die einer Massenpartei, während wir uns ehrlich eingestehen sollten, dass wir schon längst keine Massenpartei mehr sind. In Neubrandenburg bin ich Mitglied in einer Basisorganisation, die sich monatlich trifft. In regelmäßigen Abständen trifft sich auch der Stadtverband Neubrandenburg zu Mitgliederversammlungen. Der Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte führt regelmäßig seine Kreisparteitage durch, die jeweils einen ganzen Vormittag in Anspruch nehmen. Und dann gibt es noch die Landesparteitage, an denen man als Delegierter oder Gast gern teilnimmt. Eine solche Struktur ist funktionsfähig, wenn es im Landesverband viele tausend aktive Mitglieder gibt. Das ist aber nicht mehr der Fall. In Neubrandenburg haben wir vielleicht 25 bis 30 Genossinnen und Genossen, vielleicht auch 40, die noch Funktionen übernehmen können und wollen. Diese Genossinnen und Genossen arbeiten überwiegend schon in den Kommunalparlamenten, der Stadtvertretung und dem Kreistag. Dazu kommen die Versammlungen, Parteitage und Konferenzen. Dieser Verschleiß von Zeit und Energie auf zu vielen Hierarchieebenen mit den entsprechenden aufwändigen Formalitäten hemmt und behindert die wirkliche Kommunikation. Schließlich bleibt noch die Art und Weise der Kommunikation. Auch hier liegt viel im Argen. Das beginnt bei der Missachtung des Prinzips des Pluralismus in unserer Partei. Abweichende Meinungen werden als abweichende Haltungen denunziert. Wer nicht meiner Meinung ist, ist schlecht, böse, nicht links, nicht sozialistisch, nicht solidarisch, schäbig, menschlich tief gesunken, politikunfähig, Karrierist, Sozialdemokrat, Linksradikaler, Parteischädling usw. usw. Das tritt auf allen Ebenen und aus allen Richtungen auf, bei Mitgliedern der Führung, wenn sie kritisiert werden, aber genauso schön bei denen, die nicht Führung sind. Zweierlei ist kennzeichnend: Zum einen sitzt in unserer Partei immer noch das Virus der „Linie“.

*Fortsetzung Seite 7*

Das scheint ein Nervengift zu sein, das aus SED-Zeiten immer noch wirkt. Sowohl der Führung unserer Partei als auch der Mitgliedschaft scheint es angenehmer und erstrebenswerter zu sein, wenn zu einer Frage – von welcher Wertigkeit auch immer – eine einheitliche Meinung hergestellt wird. Nun gibt es gewiss Grundfragen, über die sich die Mitglieder einer Partei einig sein müssen. Das sind aber weniger, als viele denken. Alleräußerste Grenze und allergrößter Umfang ist das Parteiprogramm. Auch hier wird man jedoch in der einen oder anderen Frage abweichen dürfen. Jedenfalls nicht erfasst von diesem Grundverständnis ist beispielsweise die Bewertung des Mauerbaus 1961. Hier können und müssen in der Partei unterschiedliche Ansichten vertreten und ausgehalten werden. Keiner

Seite steht es zu, Andersdenkende hier in irgendeiner Form zu nötigen, und sei es auch nur zum Aufstehen in einem Landesparteitag. Die andere Frage ist eben die, wie sich die pluralistisch vertretenen Ansichten miteinander auseinandersetzen, welche Mittel also erlaubt sind. In dieser Frage gibt es ja auch schon einige Ansätze. Ich erinnere an den Beitrag von Robert Wollenberg auf der letzten Basiskonferenz, als er über fair play in der Partei sprach. Robert hatte die „sieben goldenen Regeln des FairPlay“ vorgetragen:

1. Innerparteilicher Streit sollte sachlich in den zuständigen Gremien bzw. parteinahen Medien geführt werden.
2. Persönliche Beleidigungen passen nicht zu einer linken Partei.
3. Mitgliederentscheid bzw. Parteitag sind geeignete und höchste Form der

innerparteilichen Willensbildung.

4. In heißen Wahlkampfphasen ist innerparteilicher Streit zurückzustellen.

5. Über interne Diskussionsprozesse ist die Öffentlichkeit nicht ohne entsprechende Beschlüsse zu informieren.

6. Juristische oder satzungsrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Linken sind grundsätzlich zu vermeiden.

7. Sitzungen von Gliederungen und innerparteilichen Zusammenschlüssen der Linken sollten grundsätzlich mindestens eine Stunde der Debatte aktueller politischer Themen widmen. Die Linke ist eine lebendige Partei, kein Satzungs- oder Wahlverein.

Jochen Lansky

## Arztbesuch – auf was muss man bei IGeL-Angeboten achten?

Bei IGeL handelt es sich um die Individuelle Gesundheitsleistung, die bezahlt werden muss. Wer auf seine Gesundheit achtet, lässt sich regelmäßig beim Arzt durchchecken. Nun kann es vorkommen, dass der Arzt erklärt, der Gesundheitszustand konnte nicht ausreichend geprüft werden. Er schlägt IGeL vor, um ganz sicher zu gehen. Die Kosten würden allerdings nicht von den Kassen bezahlt. Nimmt ein Patient sie in Anspruch, muss er selbst für die Kosten aufkommen – auch wenn er gesetzlich versichert ist. Die Ärzte rechnen die Kosten dann wie bei Privatpatienten ab.

Das Spektrum der IGeL ist breit. Es reicht von empfehlenswerten Leistungen – etwa einer Impfung vor einer Fernreise – bis hin zu unsinnigen Angeboten, wie etwa Vitamin-Infusionen. Diese werden von der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin als „erwiesenermaßen unwirksam“ bezeichnet. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) kommt für alle Leistungen auf, die einen nachgewiesenen Nutzen haben und medizinisch notwendig sind. Wenn darüber hinaus ärztliche Dienste in Anspruch genommen werden, müssen die GKV-Versicherten dafür meist selbst zahlen – aber nicht immer. So gibt es Leistungen, die zwar nicht zum GKV-Pflichtkatalog gehören, aber von einigen Kassen freiwillig angeboten und bezahlt werden. Dazu zählt etwa die reise-medizinische Beratung einschließlich bestimmter Impfungen oder die professionelle Zahnreini-

gung. Außerdem gibt es etliche Leistungen, für die der Großteil der Versicherten selbst zahlen muss, aber bei Patienten mit bestimmten Krankheitsbildern die Kasse aufkommt. Dazu gehören etwa:

Augeninnendruck-Messung zur Früherkennung des grünen Stars: Die Untersuchung kostet zwischen 10 und 22 Euro. Bei einem begründeten Verdacht des Arztes übernehmen die Kassen allerdings die Kosten hierfür. Dies gilt für Diabetiker.

PSA - Test zur Früherkennung von Prostatakrebs: Für Männer ohne Hinweis auf möglichen Prostatakrebs wird diese Untersuchung (für 28 bis 45 Euro) nicht von den Kassen übernommen, denn der Bluttest hat sich als nicht treffsicher erwiesen. Als sinnvoll wird er jedoch bei einem Krebsverdacht sowie zur Therapiekontrolle angesehen.

Untersuchung der Halsschlagadern per Ultraschall: Auch hierfür zahlen die Kassen nur, wenn eine medizinische Indikation besteht – etwa Hinweise auf Verengungen der Halsschlagadern oder auf eine Arterienverkalkung.

Belastungs-EKG: Auch dafür werden Kosten nur bei Vorlage einer Indikation (z.B. Herzprobleme) übernommen.

Unter der Internetadresse: [www.igel-monitor.de](http://www.igel-monitor.de) informiert neuerdings der Medizinische Dienst des GKV-Spitzenverbandes über wissenschaftlich fundierte Bewertungen zu Selbstzahlerleistungen. Seit Anfang April wurden dort 25 IGeL-Angebote vorgestellt und beurteilt. Das Ergebnis

ist ernüchternd.

Falls der Arzt ein IGeL-Angebot macht, sollten sich betroffene Patienten nicht unter Druck setzen lassen. Keine dieser Leistungen muss aus medizinischen Gründen sofort durchgeführt werden. Wenn der Arzt nicht ausführlich begründen kann, warum die Leistung sinnvoll und nützlich sein soll, sollte man darauf verzichten. Oft ist es auch ratsam, sich eine Bedenkzeit von mindesten 24 Stunden zu erbitten. Dann kann man sich zunächst bei seiner Kasse, einer Beratungsstelle (zum Beispiel der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland UPD in Rostock, zu erreichen über die Neue Verbraucherzentrale in der Strandstr. 98) oder einem anderen Arzt Rat einholen.

Bemerkung: Vor Beginn einer individuellen Gesundheitsleistung (IGeL) muss stets eine Honorarvereinbarung unterschrieben werden. Denn Ärzte dürfen von einem Kassenpatienten nur dann eine Vergütung fordern, „wenn und soweit der Versicherte vor Beginn der Behandlung ausdrücklich verlangt, auf eigene Kosten behandelt zu werden, und dieses schriftlich bestätigt“. Lag keine oder nur eine unzureichende schriftliche Vereinbarung vor, sind die Patienten nicht verpflichtet, die Leistung des Arztes zu bezahlen. Das hat das Amtsgericht München in einem rechtskräftigen Urteil am 28. April 2010 entschieden. Die Entscheidung brachte dem betroffenen Versicherten immerhin 1328,63 Euro.

K-L. Spengler





## 10. Deutscher Seniorentag

In der Sitzung am 7. Mai 2012 der Landesarbeitsgemeinschaft der Senioren wurde ich gebeten, etwas über den 10. Deutschen Seniorentag 2012 für den Klartext zu schreiben. Der Anlass dafür war meine Teilnahme und ein kurzer Bericht über den Seniorentag vom 3.- 5. Mai in Hamburg, von dem ich die ersten beiden Tage besucht hatte. Der Veranstalter, die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.) hat im Congress Center Hamburg (CCH) unter dem Motto "Ja zum Alter" den 10. Seniorentag zu einer Begegnung mit vielen interessanten, guten und neuen Eindrücken für die Teilnehmer gemacht.

Die Messe SenNova mit ihren rund 270 Ausstellern und die durchgeführten Thementage boten Wissenswertes

- am 3. Mai zur „Mobilität“ – z.B. Preisverleihung „Internet: keine Frage des Alters“; „Assistenzsysteme, die uns das Leben im Haushalt erleichtern können“; „Mit Musik geht alles besser“; „Gemeinsam unterwegs – Reisen für alle“ u. a.
- am 4. Mai zur „Gesundheit“ – z. B. „Gepflegter Mund – Mach ich's richtig“; „Gerätemix, Sturzprävention einmal anders, historische Stabgymnastik“; „Was wir für gutes Sehen alles tun können“ u.a.
- am 5. Mai zur „Vorsorge“ – z. B. „Wohnen im Alter – Informationen zu Möglichkeiten und Formen“; „Tanz dich fit“; „'Enkeltrick' und Trickbetrug an der Haustür – Sensibilisierung und Tipps zur Vorbeugung“ u.a.

Erwartungsvoll war ich nach Hamburg gefahren. Die Möglichkeiten eines Austausches von Erfahrungen in einer Veranstaltung des Interessenvertreters BAGSO mit seinen 112 Mitgliedsorganisationen wollte ich nutzen. Erst kurz vorher, am 26.04., hatte ich mich angemeldet. Mit einem Beitrag von 20,- € konnte ich drei Tage kostenlos den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) nutzen. Die „Drei-Tage-Karte“ berechnete zum Besuch der ca. 100 Veran-

staltungen. Für mich war das eine glückliche Lösung, konnte ich mir doch so die Übernachtungskosten sparen, weil ich bei meinem Sohn im nahen Umfeld Hamburgs schlafen und mit dem HVV zum Tagungs-ort fahren konnte. Zunächst musste ich mich in dem großen Gebäude erst einmal orientieren. Es war gar nicht so einfach, zwischen den Sälen und Räumen sowie unter der Vielzahl der Veranstaltungen das Richtige zu finden. Am 3. und 4. Mai wollte ich teilzunehmen. Der Seniorentag wurde vom Landesjugendorchester Hamburg unter Leitung von Fausto Fungaroli festlich eröffnet. Frau Prof. Ursula Lehr, Vorsitzende der 12 Mio. zählenden Mitglieder der BAGSO, begrüßte Bundespräsident J. Gauck, Bundesministerin Dr. K. Schröder, natürlich besonders herzlich den Gastgeber, ersten Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg O. Scholz, und andere Würdenträger. Am Nachmittag des 4. Mai wurde auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel von ihr willkommen geheißen. In Vorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen mit Aussprache, an Thementagen, Ständen der Messe SenNova u. a. informierten sich ca. 20 000 Besucher. Die gemeinsamen persönlichen Gespräche, die unzähligen Begegnungen untereinander, auch neue, spielten im Erfahrungsaustausch sicher eine besondere Rolle bei dem Motto "Ja zum Alter" des 10. Deutschen Seniorentag 2012. Am ersten Tag nahm ich an der festlichen Eröffnung teil und hörte u.a. den Bundespräsidenten. Es hat mir schon gefallen, dass er deutlich machte, dass Menschen ein Leben lang gearbeitet haben und heute die Gefahr besteht, dass sie nicht davon leben können, und die Frage anschluss, ob das unserer reichen Gesellschaft entspricht. Oder dass Frau Prof. U. Lehr in der Eröffnungsansprache betonte, dass heute „körperliche, geistige und soziale Aktivitäten Voraussetzung für ein ‚gutes Altern‘“ sind und die Gesellschaft die entsprechen-

den Rahmenbedingungen schaffen muss. Langsam hat es sich herum gesprochen, dass unsere Älteren eine höhere Lebenserwartung haben und entsprechend auch immer noch in die Gesellschaft aktiv mit einbezogen werden möchten. Viele bringen sich im Ehrenamt ein und sorgen so dafür, dass die Dinge gemacht werden, die die Gesellschaft nicht mehr leisten kann, die aber nötig sind. Die Senioren und Seniorinnen sind heute „sehr engagiert, tun sehr viel für andere, nicht nur im familiären Bereich (für ihre Kinder, Kindeskinde und manchmal noch für ihre alten Eltern), sondern auch im gesellschaftlichen, kirchlichen, politischen und sozialen Bereich“, unterstrich Frau Prof. Lehr. In der Podiumsdiskussion „Oma und Opa retten die Welt und keiner merkt es. Großeltern in Medien und Werbung“ wurde auch deutlich, dass Großeltern immer stärker ein Objekt der Politik sind, ihr Gebrauchtwerten aber erst zaghaft in der Presse und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zaghafte Versuche gibt es in der Modelbranche, aber die Verbraucher bis 50 fühlten sich von den älteren Models nicht angesprochen. Es sei wichtig, dass die Leistungen der Älteren stärker öffentlich gemacht werden sollten. Auch die Werbung müsse etwas ändern, denn die Welt werde nur mit den Menschen verändert. Z. B. werden Enkel von Oma und Opa betreut; daran beteiligen sich auch Ältere die selbst keine Kinder haben. Das sollte man mehr in den Mittelpunkt rücken. Hierbei wurde angesprochen, dass sich Großeltern bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe in einem rechtsfreien Raum befinden. Das sollte von der Politik geändert werden. In der Begrüßung der Bundeskanzlerin wurde durch Frau Prof. Lehr das Pflichtjahr der Arbeit im Alter abgelehnt und ein Ausgleich des Absinkens des Rentenniveaus gefordert. Der Vormittag am 4. Mai galt der „Generationenfreundlichkeit im demografischen Wandel“. Hervorgehoben wurde Berlin als





erstes Land mit einem Mitwirkungsgesetz für die Senioren seit 2006, M-V seit 2010, und in Hamburg liegt es druckreif und zur Diskussion vor. Hamburg sieht „den demografischen Wandel vor allem als Chance, als Chance für ein Miteinander der Generationen, als Chance für eine Stadt für alle Lebensalter“. In der Diskussion zur Mitwirkung der Seniorenvertretungen wurde die Notwendigkeit der Bildung von Seniorenbeiräten (SB) durch Senioren und ihre Mitarbeit in den Ausschüssen der Kommunen zur Sprache gebracht. Gegenwärtig gibt es in der BRD 1600 solcher SB, welche noch mehr wahrgenommen werden sollten.

Insgesamt nahm ich in den zwei Tagen an verschiedensten Veranstaltungen teil. Die Diskussion zum Thema „Ja zum Alter in sozialer Sicherheit. Gute Arbeit und flexible Übergänge in den Ruhestand, statt

Rente mit 67“ lehnte die Rente mit 67 kategorisch ab, weil viele Berufe dies auf Grund der Schwere der Arbeit gar nicht leisten können, und es vielen ab 50 Jahren nicht gelingt, wieder in Arbeit zu kommen, wenn sie arbeitslos werden.

Es gäbe noch vieles zu berichten, so über die Angebote auf der Messe, die ich mir angesehen habe – auch des Standes der „Die Linke“ –, Themeninseln und Bühnenprogramme, Rollstuhltanz usw., ebenso über die Abendveranstaltung der Körber Stiftung, Morgenveranstaltung mit der Musik Bachs, Ökumenische Gottesdienste in der Hauptkirche St. Michaelis, „Talk in Hamburg: Ja zum Alter“ usw. Sicher hatte ich auch eine Antwort zur Angleichung Rente zwischen Ost und West erwartet (dies war vor drei Jahren in Leipzig gesprochen worden), wovon aber nicht mehr

gesprochen wurde.

Abschließend möchte ich noch auf die „Hamburger Erklärung“ der BAGSO zum Abschluss des 10. Deutschen Senientages hinweisen, welche in sieben Punkten die kommende Arbeit umreißt und mit den Worten anfängt: „Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. [...] In einer Gesellschaft, die nicht nur älter, sondern auch schrumpft und ‚bunter‘ wird, kann die von vielen Älteren praktizierte Solidarität mit allen Generationen Vorbild sein.“

Es bleibt also auch künftig für Die Linke noch viel zutun, um die Dinge in die richtigen Bahnen zu leiten.

Wolfgang Schmidt

## Steffen Bockhahn in Bad Doberan

Am 08. Mai 2012 trafen sich ca. 40 Bürgerinnen und Bürger am Ehrenmal im Bad Doberaner Bachgarten, um den Opfern von Faschismus und Krieg anlässlich des „Tages der Befreiung“ zu gedenken. Zu den Anwesenden sprach das Mitglied des Deutschen Bundestages und Landesvorsitzender der Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern, Steffen Bockhahn.

In seinen Ausführungen brachte er seine Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, in seinem bisherigen Leben nie unmittelbar mit dem Schrecken und dem Leid eines Krieges konfrontiert worden zu sein. In seinen Worten des ehrenden Gedenkens schloss Steffen Bockhahn ausdrücklich all jene mit ein, die unter Einsatz ihres Lebens gegen den Hitlerfaschismus gekämpft haben. Gleichzeitig warnte er davor, dass die Ursachen für Gewalt und Krieg nicht beseitigt sind, solange man an der Kriegswaffenproduktion, an kriegerischen Auseinandersetzungen und an deren anschließenden Wiederaufbau Milliarden verdienen kann. Der Wettlauf um Rohstoffquellen tut sein Übriges.

Anschließend stellte sich Steffen Bockhahn im „Ovalen Saal“ der Kreisverwaltung den Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Aspekten der Politik auf Bundesebene, zu konkreten Politikansätzen der Partei DIE LINKE, sowie zu persönlichen Fragen. Hierzu der Bericht von Christian Teske: Im Anschluss an die Veranstaltung am Ehrenmal luden der Kreisvorstand Landkreis Rostock und der Ortsvorstand Bad Doberan der Partei DIE LINKE zu einer Diskussionsveranstaltung mit MdB Steffen Bockhahn über aktuelle Aufgaben des Landesverbandes der Partei DIE LINKE sowie zu allen interessierenden Fragen ein. Über 30 Besucher fanden den Weg in den Ovalen Saal. Steffen verwies auf die Wahlschlappe der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. „Parteien sind immer beliebt, wenn sie ein Lebensgefühl vermitteln“, erklärte er – „Solidarität mit den Menschen, eine unserer Aufgaben“. Positiv bemerkte er unsere beiden Volksinitiativen zum Erhalt der Theater und Orchester mit über 50000 Unterschriften, mit der sich jetzt der Landtag beschäftigt,

und die Initiative zur Einführung eines Mindestlohnes von 10 € pro Stunde. Steffen Bockhahn warb zudem für die Gründung der TLG Genossenschaft FAIRWOHNEN i.G. und den Solidargedanken der TLG Genossenschaft. Hintergrund: Die Bundesregierung hat am 08.03.12 den Verkauf der Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) in einem europaweiten Bieterverfahren ausgeschrieben. Darin eingeschlossen mit der TLG Wohnen sind 11.500 in den fünf ostdeutschen Bundesländern liegende Wohnungen überwiegend aus dem früheren volkseigenen Vermögen der DDR. Deshalb haben Politikerinnen und Politiker der Partei DIE LINKE am 13.04.12 die Treuhandliegenschafts-Genossenschaft FAIRWOHNEN i.G. gegründet und mit dieser das Interesse am Erwerb offiziell erklärt. Außerdem bemerkte Steffen Bockhahn, dass es zu wenige Zeitungen in M-V und deshalb keine Meinungsvielfalt gebe. Am Ende kann man sagen, dass es eine sehr gute Diskussionsveranstaltung mit der Basis war.



# Spione in ´n Ollen Fritz sien Revier

Manne, wat mien Neffe is, har mi tau einen Besäuk na Potsdam inladt, denn nu, anlaatluch det 300. Geburtsdach von Friedrich denn Groten wier dat doch för einen geschichtsinteressierten Börger de beste Moeglichkeit. Dor har hei woll recht.

Ick möt taugäwen, dat mien Wissensdöst na de Taten un Untaten von de preußischen Monarchen nich grot wier, oewer dat süll sik nu ännern. Also quartierte ick mi ´n poor Daach dor bi Manfred in, de nu froh wier, werrer ´mal oewer siene Deinstied bi de NVA räden tau können. Wenn ick nich drängt har, nu endlich wat von de olle Kultur in Ogenschien tau mähen, üm ok mal doröber spräken tau können, wier uns Unnerhollung woll in de Irrungen un Wurrungen von ein Grenzerläwen stecken bläwen.

Manne wör mit 18 för de „Bewaffneten Organe“ anworben un har – von de Schaulied bit taun End von de DDR – sienläder nich väl vonne Welt kenneert. Bi allet Verständnis dorför, wier ick doch nu wägen denn „Ollen Fritz“ siene Kulturtaten na Potsdam kamen. Folglich wannelten wi dörch Park und Schlott Sanssouci, un dat deed woll ok Manne gaud, denn hei schwieg un wirkte siehr nahdenklich.

Wi wiern apen för alls wat sik uns beiden deed, un nutzten ok dat Angebot von de „Witte Flott“ för ein Schötterrundfohrt up de Havel. Ein wohlklingend Stimm verklohrte uns de Seihenswürdigkeiten an Stürburd- un Backburdsiet. Dat wier ein Mix von intressante Geschichten oewer Park un Schlott Babelsberg, denn „Flatow-Turm“ un dat „Hoffdamenhus“.

Mannes betherige Schwiechsamkeit ännerte sik schlagortig, as wi ünner ein Brög hindörch schipperten un de Käpt dit as „Glienicker Brücke“ verkünn´ deed. „Das ist sie, die Agentenbrücke“ säd Manne, un sien Stimm bäwte upgerägt: „Da oben war ich zur rechten Zeit am richtigen Ort!“ Disse Betonung von Tied un Urt makte mi natürlich niegierig un ick spott´: „Als Spion!“ Hei schüttelte entrüst´ denn Kopp: „Natürlich nicht! – Als Wachhabender ....!“ Sien Muhl bleef noch ´n poor Sekunnen apen, offenbor verschluckte hei, wat hei noch seggen wull. Vielleicht: „du Döskopp“ orer ähnlichkeit! Ick berauhigt em, un säd, dat ick mi dat all dacht har un fröch, üm wat et dor denn gahn wier, tau richtig Tied un an ´n richtigen Urt tau sin.

Nu läd Manne los un vertellt mi, dat dor för viertig Johr de Spione Powers un Abel uttuuscht wüern, un sietdäm de Glienicker denn Binamen: „Agentenbrücke“ wech

har.

Ok in mi wiern mit ´mal de Erinnerungen dor, as de Nam Powers föhl. Im Mai 1960 wör de US-Pilot mit ein U-2-Spionageflüchtel oewer de Sowjetunion afschaten.

„Genau, am 1. Mai 1960!“ bestätigte ok all Manne un wier nu nich mihr in sin Mitteilungsbedörfnis uptauhollen

För 50 Johr wier Urlaub na Rostock plant. Utgeräkend dor keem de Urlaubsperr. Keiner wüsst worüm. As hei denn Mahndachnacht mit siene Männer de Wach up de Glienicker Brög oewernahmen har, sickerte de „Buschfunkmeldung“ oewer einen Agentenuttusch dörch. Dat versprök einen Knüller in ehr tomeist eintönig un langwieliget Grenzerläwen.

Dor spürten se ok denn Frost un de Bries von ´n Jungfersee nich mihr. Angespannt stünn´ se ehren Posten. Hektisch güng dat dor twischen Klock 8.20 un 8.50 tau, bit de Amis ehren Gary Powers un de Sowjets denn Rudolf Abel werrer harn. Ganze 20 Minuten duerte dat, dunn wier de Spuk vörbi. Oewer een Spijök makte dat wahrhaftig nich. De Grenzer harn keinen blasen Schimmer üm wecker dat sich hannelte, de dor de Siet wesselten. Ierst nah de Wend künn Manne sien Niegier taufräden stelln un wüsst nu Bescheid: „Im Internet kannst du unter ‚www.welt.de/ ...Agentenbrücke‘ alles genau nachlesen.“

„Na, da hast du ja schon allerhand hier miterlebt“, kommentierte ick Mannes utführlichen Bericht un löt mienen Blick oewer dat herrliche Panorama von ´n Jungfersee strieken. Manne entgüing woll nich mien nahlatendet Interesse an de Agentenbrög, oewer nu mal in Vertellerlaun wull de sünnst so einsame Mann woll mit een niege abenteuerlich Geschicht miene Upmerksamkeit noch bäten fasthollen. Ick deed em denn Gefalln, hürte mi siene Fragen an, de hei meist ok glik sülfst beantworteten deed: „Erinnerst du dich noch an das Jahr 65? – Da kroch ich hier noch mit meinen Männern schwer bewaffnet am Ostufer zwischen den Büschen herum, um ein U-Boot zu schnappen!“

Ick künn mi nich erinnern un säd: „Du spinnst woll! Ein U-Boot, und das hier auf dem Jungfersee?“ Manne keem nu ierst richtig in Fohrt un vertellte nu de wohre Geschicht von een U-Boot-Jagd up denn Potsdamer Jungfersee in ´n Winter 1965. Westberliner „Fluchthelper“ harn vör, mit een Zwei-Mann-U-Boot fluchtwillige DDR-Börger „uttaschlüsen“. Dorup hemm Grenzer un Stasi-Spezialisten sik utrüst, as gült dat ein gegnerische Seeinvasion

aftauwehren, sik an verschiedene Positionen von ´t Seeufer in Stellung bröcht. Üm de kollen Nächt bärer tau oewerstahn un de „Kampfstimmung“ tau häben, geef dat swarten Tee mit Rum.

Disse Insatz gründt sik up verlatliche Angawen von eenen V-Mann ut de Westberliner Warft, de bericht har, dat dor een lüttes U-Boot up Kiel leggt wör. Oewer denn Verwennungszweck geef dat dunn in ´n Führungsstab keinen Twiefel. Üm dat maritime Schlüsungsfohrtuch nu tau fangen, keemen so manke Ideen taun Vorschlag un sogor tau Erprowung. Denn am nächsten gelägenen Berührungspunkt tau de Grenz na Westberlin har de Glienicker Brög.

Üm up denn Jungfersee tau kamen möst dat U-Boot ierst mal ünner de Brügg hindörch dükern. Dormit entstünn de Idee för de Inrichtung von ein Unnerwarersperr.

As ierste Möchlichkeit wull man denn Schlüser mit ´n Netz infangen. Ünnerwarersensoren süll ´n de Fohrt von ´t Boot signalisieren, dormit denn herawlatene Spezialnetze sien Tröckhiehr verwiehren künn´. An de Begautachtung von twei ielends herbihalten Tauchixperten von de Volksmarine scheiterte dit „geniale“ Projekt.

Man entscheidet, nur noch de dörch Sensoren faststellten Unnerwarergeräusche tau trugen. Disse reagierten oewer all up jedet vonne Straat kamende Motorengeräusch. Trutz disse Pannen fählte dat an wiedere Idee nich, un so wör dat Modell von ein „Bierbuddels-Unnerwarerinrichtung“ ut de Dööp haben un fuurts an Urt un Stell taun Insatz bröcht.

Hunnerte Flaschen wüern an ein endloset Seil fastzurrt un de ganze Plunner denn unner Warer in Stellung bröcht. Sobald dat U-Boot de Flaschen berühren wör, süllen de Sensoren reagieren un Alarm utlösen. Man räkend mit ein Schlüsung ierst inne Nachtstun´n, un wunnerte si, dat all glik nah ´t Anbringen von de Buddels-Unnerwarerkett de Sensoren reagierten. Na denn iersten Alarm keem bald de nächst, un so güng dat Schlag up Schlag, bit uns Grenzern ne Lücht upgüing, dat jeder Fisch, de an ein Flasch anstöt, de Sensoren aktivieren deed. Dit Malör har tau Folg´, dat alle Ideen tau ´ne Anlegung von ein Unnerwarersperr tau de Akten leggt wör.

Nacht för Nacht, einen ganzen Winter lang hendörch, spitzten nu de Grenzer ehre Uren un stierten oewer denn See henwech. Manne schiente dit tau gefalln, dat ick em gespannt tauhürte. Iefrig rädend

bemähte hei sik, de Visionen von damals noch ´mal uperstahn tau laten. Wenn man nachts stundenlang un unentwägt up denn See stierte, verwannelte sik sülvst ein Schwan tau einen oewer dat Warer schwäbendet Gespenst. De Blinkteiken von ´n Westberliner Firnseihurm speigelten phantastische Irrlichter. Dat starren un täuben makten einen ganz düsig in ´n Kopp.

Oewer denn keem ganz plötzlich dor wat anschwemmt. – Dat U-Boot? Nee! As de Wulken denn Maand ´ne Lück apen makte, entpoppte sik dat Ubjekt as ´n Kahn. Oewer wat har dit nu tau bedühen? Reet sik de Kahn ahn minschlichet Taudaun as ´n Stück Veih vonne Käd los, orer har em jemand afsichtlich in Bewägung sett?

Denn keem een Nacht, wo de Mahnd grotügig strahlte. De Sicht wier gaud, so dat de twische Bülgen un Wachten heranschwemmende Plexigaskugel licht utspäht warden künn. Dat wier nu tatsächlich de Sichtkancel von een U-Boot!

Einer von Mannes Männern leggte sik all ´ne Handgranat torecht. Ein anner Grenzer stemmte sik denn Schaft von ´n Maschinengewehr an sien Schuller. Se täuften up denn Scheitbefähl von ehren Postenführer, Männe. Oewer dei wull keine Doden, weder erschatene noch erdrunkene! Hei wull dat Boot mit de läwigen Provokatöre, de na sien damalig´ Verständnis Verbräker wiern. Dorüm teufte he up de Anlannung. Oewer denn dükerte dat Boot mit mal af un keem nich werrer hoch. „Aus die Maus!“

Dormit schlöt Manne sien Bericht oewer ein Erläwnis af, wat em noch vül Arger inbröchte. Wat ok ümmer dat wäst wier, säd hei mi nich. Ok ick künn mi an nix erinnern. Dat wier denn woll ok gaud so, denn ein nieget, von ´n Burdspräker ankünigtes Besichtigungsubjekt, verdeinte nu uns Upmarksamkeit: „... Wir passieren nun das Schloss Cecilienhof, in dem mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommen im Sommer 1945 Geschichte geschrieben

wurde.

\*

Werrer Tohus in Rostock, folgte ick Manfreds Rat, un stellt im Internet de Frag na de „Agentenbrück“ de mi wi folgt beantwurd wür:

Minus drei Grad Celsius zeigte das Thermometer, an jenem Sonnabend, den 10. Februar 1962, der Hoffnung aufkommen ließ, dass der Kalte Krieg fortan etwas weniger kalt sein würde. Zwei Männern gingen auf die Mitte der Brücke über die Havel. Einer davon war Diplomat, der andere hieß Murphy und war ein Spion, genau wie Gary Powers, um den es an diesem Morgen ging. Murphy begleitet den Diplomaten, damit die Sowjets auch wirklich den echten Powers freigeben, nicht irgendeinen zurechtgemachten Schauspieler.

Der Einsatz war hoch an diesem Morgen: Powers war am 1. Mai 1960 auf einem völkerrechtswidrigen Aufklärungsflug über der Sowjetunion abgeschossen worden. Entgegen allen Erwartungen hatten die Sowjets eine Luftabwehrrakete konstruiert, die in die Flughöhe der U-2 von über 18.000 Metern vordringen konnte. Ihr Sprengkopf riss Powers' Flugzeug eine Tragfläche ab – doch der Pilot drückte nicht den Selbstzerstörungsknopf, der sein hochgeheimes Flugzeug und ihn selbst zerfetzt hätte. Er stieg stattdessen aus und schwebte am Fallschirm zu Boden. Auch die Giftspritze, die er in einem ausgehöhlten Silberdollar bei sich trug, benutzte er nicht. Vielmehr ließ er sich widerstandslos festnehmen und erzählte dem KGB freimütig alle Details über die U-2.

Für den sowjetischen Parteichef Nikita Chruschtschow war es eine Steilvorlage: Vor dem Obersten Sowjet gab er am 7. Mai 1960 bekannt, dass der vermisste US-Pilot am Leben und in sowjetischer Hand sei. Es war ein Triumph für die Sowjetunion und ein Tiefschlag für die USA. Powers erhielt in einem Schauprozess zehn Jahre Haft für

Spionage. All das hatten die Amerikaner im Kopf, als sie in der Mitte der Brücke auf zwei Russen des KGB trafen.

Rudolf Abel, 58 Jahre alt, stand fast vier Jahrzehnten im Dienste verschiedener sowjetischer Geheimdienste. Er war der Top-Spion, der in den USA jemals geschnappt wurde. Am 21. Juni 1957 wurde Rudolf Abel, unter dem Namen „Martin Collins“, in einem Hotel in Manhattan festgenommen. Nach einem Indizienprozess war er zu 30 Jahren Haft verurteilt worden. Der erste Agentenaustausch zwischen Ost und West war genau um 8.52 Uhr vorüber. Kein Journalist hatte etwas mitbekommen, keine Kamera den entscheidenden Moment festgehalten. Mit Botschaftsautos fuhren die Amerikaner nach Tempelhof, wo ein Langstreckenflugzeug auf sie wartete. In Washington angekommen, wurde Powers sofort intensiv befragt. Eine hochrangige Geheimdienst-Kommission verfasst einen streng geheimen Bericht in dem festgehalten ist: „Powers hat sich entsprechend den formalen Dienstvorschriften verhalten.“

Tatsächlich stand im Arbeitsvertrag des U-2-Piloten nirgends, dass er sich hätte eher umbringen sollen als Geheimnisse zu verraten. Die CIA war davon ausgegangen, dass jeder abgeschossene Luftspion selbst zur Einsicht gelangen werde, lieber sich selbst zu töten als sich vom KGB foltern zu lassen. Doch Powers hatte die Dienstvorschriften wörtlich genommen. Dafür schnitten ihn seine Kameraden von der Luftwaffe, und auch US-Zeitungen übten harsche Kritik.

Auch Rudolf Abel war bald nach dem Austausch unterwegs in seine Heimat, nach Russland. Anders als Powers wurde er offiziell geehrt, lebt für sowjetische Verhältnisse luxuriös und wurde zum Oberst des KGB befördert.

Kurt Kaiser (Plattdütsch Verein „Klönssack-Rostocker 7“)

### **Runde Geburtstage Juni 2012**

Heike Bürger	BO Sanitz	55. Geburtstag
Klaus Davidek	BO Kammerhof Bad Doberan	70. Geburtstag
Erika Ibendorf	BO Lichtenhagen-Dorf	87. Geburtstag
Albert Kraatz	BO Amt Schwaan	86. Geburtstag
Erika Kroepflin	BO Neubukow	80. Geburtstag
Dieter Lau	BO Dummerstorf	80. Geburtstag
Gerit Losand-Gärber	BO Sanitz	40. Geburtstag
Torsten Schlutow	BO Amt Schwaan	50. Geburtstag
Fritz Tack	BO Dummerstorf	70. Geburtstag
Eva Tamms	BO Rostocker Heide	82. Geburtstag
Herbert Winter	BO Neubukow	84. Geburtstag
Gertrud Zingler	BO X Bad Doberan	88. Geburtstag



# Lüd hüt – Lüd gistern

In Memoriam Hans Mahncke  
Unner de Rubrik „Lüd hüt – Lüd gistern“ heff ick all twei mal hier wat schräwen, üm von de „hochwohlgeborenen Promis“ aftaulenken oewer de jeden Abend in de TV-Sendung „Leute heute“ lamentiert ward. Ick heff giern an Lüd wi Johannes Warnke un Ernst Goldenbaum erinnert, de twors gistern läwten, oewer perdü nich „von Gistern“ wiern un tau ehre Läwenstied grotes leist hem. Üm dit förtausetten, mücht ick hüt von Hans Mahncke vertelln de an´n 25. Juli 1894, also för 118 Johr in Jabel ´burn worden is.

Ick liernte em in´n Harwst 1963 bi een Seminar för „Junge Autoren“ und „Schreibende Arbeiter“ kennen. Dortau har em de Kulturabteilung von´n Rat des Bezirkes Rostock tau einen Vödrag inlادت.

Wi wiern so bi fiefontwintig Schriewerslüd twischen twintig un viertig Johr, de sik dor in ´n FDGB-Ferienobjekt tau Abends-tun´üm ein Kaminfür versammelten, gespannt up denn Mann, denn man uns as „Parteiveteran“ ankünnigt har.

Hans Mahncke har bi uns all gewunn´, as hei dörch de Dör keem un „Gauden Dach, blieft man sitten – ick mak dat mal so!“ reep, un tau Begrötung up denn ierstbesten Disch kloppte. Dat geföhl uns. Un noch mihr geföhl, dat hei uns ankeek, fründlich musterte un mit ´n Kopp nickte, dat jeder ein dat Gefäuhl har, persönlich begrüßt tau warn. As hei denn unsen Seminarleiter upförrerte, denn för em reservierten Sessel noch bäten neger an ´n Kamin tau stellen, weil hei zwors wat gegen „Für unner Hinnern, oewer nix gegen ´n warm Krütz“ intawennen har, markten wi, dat hinner sien iernst Mien ok woll noch Witz steckte.

Wat hei dunn woll dacht hett as wi em so anstierten, as dat söbente Weltwunner? Hei wüsst ja noch nich, dat wi all vergatert wiern oewer em ein „Literarisches Porträt“ tau schriewen. So makte ok ick mi nu iefrig Notizen:

„Knochige, ausgearbeitete Hände - kantiger Schädel - schütteres, gescheiteltes Haar (grau-blond) - starkes Kinn, schmallippiger Mund - klarer Blick aus grau-blauen Augen - tiefe Stimme. - Klassenzugehörigkeit: Arbeiter! - Beruf?

As har ick mien Frag lut utspraken, säd Mahncke:

„Ick heff einst Schmitt up ´n Gaud liert un mag Für inne Ess, un alls wat för gaudes Handwark steiht. An ´t Für in´n Kamin möt sik unserein ierst gewöhnen, weil dat solang Privilege von ´n Herrn Baron Junker

un Co wier. Dat is Geschicht, de Tieden hem sik ännert, oewer ick rad jeden tau bedenken, wat hei im Läwen sin will: Am-boss orer Hamer!“

Disse Ratschlag hett sick in mi fastsett un mi ok nich mihr loslaten. Ick luschte siene Würd un schreef un schreef. Man gaud, dat hei nu hochdütsch sprök, bi Platt har mi mien Stenographie nich väl nützt. Tauletzt stün all ´n gaudes Stück Mahnckes Läwensloop in mien Notizbauk:

Nach dreijähriger Lehrzeit in Gerstorf bei Kröpelin, Schmiedegeselle auf Wanderschaft. – Lübeck, Juli 1912: Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband, September: Mitglied der SPD. Nach dem Krieg 1918, wohnhaft in Rostock. 1919 wurde M. in der USPD aktiv und ein Jahr darauf Mitglied der KPD. Er beteiligte sich an der Niederschlagung des Kapp-Putsches. Mitglied der KPD seit 1920. Bis 1927 Mitglied des Arbeiterrates der Neptun-Werft und Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes. 1929 bis 1933 Mitglied der Rostocker Stadtverordnetenversammlung. Ab November 1932 Bezirksleiter der „Rot-Sport-Bewegung“ in Mecklenburg. März 1933, in Bad Doberan verhaftet und nach Verbüßung einer „Schutzhaft“, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren verurteilt. Zuchthaus Bützow-Dreibergen: bis Oktober 34. Im Jahre 1939 abermals verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht.

Hans Mahncke unnerbrök de Vertellung von sienen Läwensloops. Vielleicht mücht hei sik nich so giern an disse swore Tied erinnern, de doch woll siehr sien Läwen prägt hett. Hei drück nu ierst mal bedächtigt ´n Glas Warer un wesselt lies mit denn Seminarleiter por Würd. Schließlich künn wi Fragen stelln.

Mi intressierte, ob Mahncke in´n Gefängnis ok noch mit anner Genossen tausamenkamen wier. Hei nickte ´n fründlichet „Ja!“ un fragte mi: „Büst du ´n Rostocker?“ Ick säd, dat ick siet 1928 een „Pierknüppel“ wier, as mien Öllern von ´t Gaud Kuchelmiß wech sünd, wo mien Vadder ok as Haufschmitt arbeit hett.

Mahncke freute sik und säd, dat hei un mien Vadder denn ja Berufskollegen wiern un nu ok wüsst, woher mien Platt keem, nämlich ut de Meckelbörger Schwiez, wat sik bäten anners anhürt as dat Rostocker. Un denn antwuurd´ hei up mien Frag´na dat Gefängnisläwen.

Nahdem hei in ´n März 1933 von de Gestapo verhaftet worden wier, har man em

tauierst in denn Rostocker Stadtknast inne Schwaansche Straat in ein Einzelzell spunnt. Em erdrückten fast de vier Wänd un dat ieserne Gitter för dat Finster. Besonners schlimm wier, för denn 38-Jöh-rigen, dat hei sik mit keinen Minschen unnerhollen künn. Sien Förrerung in ein Gemeinschaftszell tau kamen wür aflähnt, weil hei ein „Staatsverbrecker“ sin süll un dorüm „Verdunklungsgefahr“ bestünn.

An´ Morgen von´n 1. Mai ´33 keek Hans trurig dörch dat vergitterte Finster. Hei künn bit nah´t Kröpeliner Dur kieken un noch wierer. As hei dunn an´n Schornstein von de M&O-Brugerie ´ne rode Fahn flat-tern seech, wull em för Freud dat Hart ut de Bost springen. He rööp ut dat Finster un kloppt ane Wand un denn schriech un kloppte dat oewerall. Ümmer werrer wür „Rot Front!“ ut de Finster raupen. De Wär-ter künn´ de Genossen in de Zellen nich still kriegen. Bi denn nächsten Friegang stimmte denn einer „Völker hört die Signa-le! ...“ an, un se hemm alltohop mitsungen. De Friestunn wür nu zwors abraken, oewer manken hett dit Maut un Kraft gäwen. Sien „Urteil“ hett Mahncke denn in´n Tuchthus Bützow-Dreibergen afsetzen. Werrer in Frieheit, wür hei denn an´n 1. September 1939 noch ´mal inne Nacht ut sin Bett halt un mit Twintig anner Genossen nah Sachsenhausen in ´t KZ deportiert.

Hei oewerstünn alle Qualen un keem noch ´mal frie. De Maschinenfabrik Meinke brukte einen erföhrenen Schmitt ehre Rüstungsproduktion. Dor, in´n Rostocker Osthafen nutzte Mahncke de Gelegenheit ein Werrerstandsgrupp tau grünn, de ok de sowjetischen Kriegsgefangenen un Zwangsarbeiter so gaud wi moeglich tau oewerläwen hülp. Hans Mahncke har erreicht, dat de in de Maschinenfabrik aktive Werrerstandsgrupp eng mit de im Betrieb beschäftigte Zwangsarbeiter tausamen arbeiten deed.

Nah denn Inmarsch von de Rode Arme, an´n 1. Mai 1945, gründeten Kommunisten und Sozialdemokraten dat „Rostocker Ordnungskomitee“ und wählten Hans Mahncke tau ehren Vörsitter. Tausamen mit de Genossen Josef Schares (KPD) und Wilhelm Hörning (SPD) güngen se tau de sowjetische Kommandantur.

As Hans Mahncke dit vertellte, höl em dat nich mihr in sienen Sessel. Ob nu de Erinnerung orer de knackende Bäukenscheit in´n Kamin em so upheizt harn is nich gewiss. Hei har sien Jack afströpt un güng nu hemdsärmlich för uns up un dahl, vertellte wat dor vörn „Rostocker Hof“ bie´n Kom-

mandanten los wier:

„Wi harn ja keine Ahnung – wi dachten, wi sünd Arbeiter de nu oewerall rinkamen, wiel de Rode Armee ja ok all Arbeiter sünd! – För de Kommandantur stünn ein Posten, de ierstmal „Stoi!!“ säd. Wi verklohrten em, dat wi Genossen wiern un denn Kommandanten spräken mösten. Hei säd: „Nix verrstähn!“ Jup Scharres künn nu bäten russisch. De Posten bleef stur und säd: „Nix Genossen, – du Faschist!“ Oewer denn wier hei sik woll doch nich sicher un klopfte mit sien Flint an een Finster, worup ein Sergeant keem un uns rinhalte. Wi mösten noch poor anner Dienstgrade vertellen wat wi wulln, bit wi endlich vör denn Kommandanten stünn. Oewer dor spürten wi glik dat hei nich so misstrusch wier. Tau ierst fragte hei Hörning: „Was du? – Sozialdemokrat? – Tak, und du Schares, un du, Mahncke, – Kommunist?“ Wi gäwen up all siene Fragen ´ne Antwurd un hei wier mit uns Anliggen inverstahn, dat wi för Ordnung sorgen und de Versorgung organisieren wulln. Wi dat angahn süll? Ick säd, dat wi woll hunnert Mann as Arbeiterwehr för de Sicherung unner anern von dat Lebensmitteldepot in ´n „Ollen Schlachthoff“ tausamenkriegen würn, oewer dortau ok bewaffnete Rotarmisten ane Siet hem müssten. So ist ´dat denn ok kamen.“

Hans Mahncke schweech, dat nu blos noch dat Kaminfüer lies för sik hen knisterte. Hei dacht woll torüch an de schwore Tied damals, un an jene Aprilnacht kort förn 1. Mai 1945, as an sien Wahnungsdör ein Polizist kloppt har, üm em tau warnen. So wier hei noch mal ne Fastnahm un denn Dodesmarsch entkamen, denn de SS mit KZ-Häftlingen tauletzt veranstaltete. Oewer denn sproek Warncke werrer un siene Ogen glänzten:

„Ick wür an ´n 13. Mai 1945 Leiter det Arbeitsamts in Rostock, har späder Funktionen bi ´n FDGB un wür 1946 in ´n Landtag wählt. De Nieanfang wier nich leicht, oewer doch unvergliklich mit de Nazitied un Krieg. Denn Buchenwaldschwur: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ in ´n Kopp un Hart, gehörten von de ierste Fredensstun´ an, miene Kräft denn Upbu von unsen Arbeiter- un Buernstaat!“

So heff ick Hans Warncke as einen grotortigen Minschen in Erinnerung, de leider all in ´n Öller von 72 Jahr, an ´n 9. März 1967, starb.

Kurt Kaiser

(„Klönssack-Rostocker 7 e.V.)

## Leserbrief Günter Althaus zum FC Hansa

Sehr geehrte Hansa-Rostock-Anhänger, die Abstimmung zum Rettungspaket für Hansa Rostock ging 31 zu 12 aus, bei 1 Enthaltung. 44 der 53 Bürgerschaftsabgeordneten waren anwesend, davon 11 der 12 Abgeordneten der Partei DIE LINKE. Unsere Parteivorsitzende Eva Kröger und auch unser Bundestagsabgeordneter Steffen Bockhahn, auch als Vorsitzender des Finanzausschusses, hielten sehr kritische Reden, die aber klar zu dem Schluss kamen, dass es angesichts der Bedeutung dieses größten Vereins für ganz Mecklenburg-Vorpommern und im Sinne der vielen Anhänger des Vereins und ihres großen Einsatzes in den letzten Wochen, trotz der schwierigen Haushaltslage und bisher nicht ausreichender Unterstützung vom Land eine Entscheidung für das Rettungspaket geben sollte. Obwohl DIE LINKE die einzige Partei ist, bei der es keinen Fraktionszwang gibt, haben alle 11 Abgeordneten für Hansa Rostock gestimmt. DIE LINKE hat die Abstimmung entschieden. Hätten ihre 11 Abgeordneten geschlossen mit NEIN gestimmt, wäre die Abstimmung 20 zu 23 und damit gegen die Hansaretzung ausgefallen.

Neben den 6 Fraktionsvorsitzenden sprachen 5 weitere Redner, darunter auch ich. Mir ging es darum zu sagen, dass ich meinen Beitrag zur Hansa-Rettung nicht nur durch mein Abstimmungsverhalten sondern auch bei persönlichem Opfer (Rente unter 800 Euro) gern leiste, obwohl ich

viele Sportarten höher schätze als Fußball. Mich stört die Geschäftemacherei im Fußball seit 1991. Mich stört auch sehr – wie wohl die meisten älteren Rostocker – dass unser Stadion nicht mehr Ostseestadion heißt. Es ging mir aber auch darum zu sagen, wie Pressemedien gezielt Menschen verleumden, die eine andere Meinung als die herrschende haben. Ich habe es nicht inhaltlich genannt, doch ich wollte darauf aufmerksam machen, dass die NNN meine Klarstellung in einem Leserbrief zu deren Artikel vom 30. April 2012 gegen mich nicht veröffentlicht und nicht beantwortet hat.

Woher kommt die wachsende Verrohung unsere Gesellschaft? Es ist gut, dass der Hansavorstand gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv ist. Das Wort Fan kommt von Fanatiker und da sind die christlichen nicht besser als die muslimischen. Das Wort Anhänger ist mit lieber.

Jeden Preis darf man für Hansa nicht zahlen, aber Hansa ist auch kein Fass ohne Boden. Auch kapitalistische Unternehmen werden vielfältig gestützt. Gewinne privatisieren sie, Verluste versuchen sie oft erfolgreich auf die Gesellschaft abzuwälzen. Was der hoch verschuldete Staat für die Banken tut, kann das weit weniger verschuldete Rostock dann auch für einen Sportverein machen.

Mit freundlichen Grüßen  
Günter Althaus

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

## Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

**Jetzt kostenfrei abonnieren unter:**  
<http://newsletter.die-linke.de>

**DIE LINKE.**

# Chancengleichheit von Frauen im Beruf verankern

Noch vor der Sommerpause wird der Landtag beschließen, das Landesvergabegesetz um eine Mindestlohnvorgabe zu ergänzen. Das Landesvergabegesetz regelt die Bestimmungen für die Vergabe von Aufträgen öffentlicher Auftraggeber an Unternehmen. Dies können beispielsweise Liefer-, Dienstleistungs- oder Bauaufträge sein. Zwei Gesetzentwürfe liegen auf dem Tisch. Die Regierungsparteien wollen einen Stundensatz von 8,50 € für Aufträge des Landes vorschreiben. Bei Aufträgen der Kommunen kann, muss aber nicht, diese Untergrenze gelten. Der Gesetzentwurf der Linksfraktion sieht mindestens 10 Euro je Stunde vor. Neben Aufträgen des Landes, soll diese Lohnuntergrenze auch zwingend für Kommunen und alle gelten, die Landesaufgaben wahrnehmen. Klargestellt wird, dass auch bei Leiharbeit nicht weniger gezahlt werden darf. Der Gesetzentwurf sieht zudem soziale und ökologische Kriterien vor. Obwohl die Anhörung zeigte, dass die Gewerkschaften den Gesetzentwurf der Linken favorisieren, wird sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse der halbherzige Entwurf von CDU und SPD durchsetzen. Auf eines der von uns geforderten Kriterien, die Frauenförderung, möchte ich besonders eingehen. Viele andere Bundesländer haben die Frauenförderung mit dem Ziel in ihre Vergabegesetze aufgenommen, die Chancengleichheit von Frauen im Beruf zu erhöhen.

Denn immer noch gehören typische Frauenberufe zu den am schlechtesten bezahlten Berufen. Frauen arbeiten besonders häufig in Teilzeit oder sind Gering-Verdinerinnen. Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit bedeutend weniger und Kinder können weiterhin einen Karriereknick oder sogar das Aus im Beruf bedeuten. Aus diesem Grund sollte auch in M-V die Aufnahme eines allgemeinen Grundsatzes zur Förderung von Frauen in das novellierte Landesvergabegesetz geprüft werden. Weiterhin sieht der Gesetzentwurf unserer Fraktion vor, dass u.a. Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten einen Frauenförderplan nachzuweisen haben. Dass dieser Ansatz ein guter Weg ist, zeigt die Verleihung des Unternehmerpreises. In der Kategorie „Fachkräftesicherung und Familienfreundlichkeit“ gewann die Hoffmann-Druck GmbH, ein Familienbetrieb in Wolgast mit 25 Beschäftigten. Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden in diesem Unternehmen besonders beachtet. So werden Kinderbetreuungskosten übernommen, es gibt Gleitzeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie angepasste Schichtzeiten. Zudem ist das Unternehmen für seine Qualität in der Ausbildung bekannt. Um sich die sprichwörtliche Frauenpower zu erschließen, sollten in diese Richtung weisende betriebliche Rahmenbedingungen geschaffen beziehungsweise verbes-

sert werden, damit Frauen und Mütter für Ausbildung, Weiterbildung und Beruf gewonnen oder einen Wiedereinstieg in Erwerbstätigkeit meistern können. So sollten bereitwillige Frauen und Mütter von Teilzeit auf Vollzeit oder auch umgekehrt wechseln können. Frauen, die Karriere machen wollen, sollten sich nicht für Beruf oder Familie entscheiden müssen. Aus diesem Grund sollten Arbeitszeiten, Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen bis hin zu Fahrplänen des ÖPNV miteinander abgestimmt werden. Chancengleichheit für Frauen zu schaffen sehe ich nicht als Hürde an um an öffentliche Aufträge zu kommen. Im Gegenteil. Frauenförderung gewinnt angesichts der Tatsache, dass sich der Fachkräftemangel rapide verschärfen wird, immer mehr an Bedeutung für die zukunftssichere Aufstellung von Unternehmen. Ich setze mich dafür ein, dass wir in den Fachausschüssen ein richtungsweisendes Gesetz auf den Weg bringen. Übrigens: Unsere Volksinitiative für einen Mindestlohn von zehn Euro im Land hat die notwendige Zahl von 15 000 Unterschriften überschritten, denn wir wissen, dass 8,50 Euro für eine angemessene Rente selbst bei lebenslangem Beitragszahlen nicht ausreichen. Der Landtag ist nun verpflichtet, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das hilft allen, auch und gerade den Frauen.  
Regine Lück

## Bezahlbarer Bahnverkehr für alle!

Die Bahnpreise sind zu hoch! Sparpreise, Wochenendangebote und andere Rabattaktionen der Bahn sind unübersichtlich und sehr begrenzt. Viele Menschen können sich Bahnfahrten nicht (oder nicht mehr) leisten. Doch Mobilität, die Möglichkeit von A nach B zu kommen, ist eine Voraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb müssen öffentliche Verkehrsmittel bezahlbar sein – und zwar für alle. Das gilt sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr.

Das völlig überzogene Preisniveau der Deutschen Bahn AG muss insgesamt sinken. Es muss außerdem eine soziale Komponente geben für Menschen mit schmalen Budget. Für DIE LINKE heißt das insbesondere: es muss ein DB Sozialticket eingeführt werden für Menschen, die von staatlichen Transferleistungen wie zum Beispiel Hartz IV leben müssen. Unsere

Idee ist einfach und gerecht: die Bahncard 50 soll als Sozialticket für 20 Euro angeboten werden.

Um die Bahn zu einem gemeinwohlorientierten und ökologisch sinnvollen Verkehrsmittel für alle zu machen, wollen wir außerdem die Bahncard 50 und die Bahncard 100 zu Mobilitätskarten aufwerten. Dazu müssen deren Preise deutlich gesenkt werden. Denn wir wollen, dass sehr viel mehr Menschen die Bahn nutzen und vom Individual-PKW-Verkehr in den Zug umsteigen können.

Die Bahn muss kundenfreundlich und zuverlässig sein. Davon war in den letzten Jahren immer weniger zu spüren. Brechende Achsen an ICEs, Sauna-Abteile im Sommer, Winterchaos und massive Verspätungen sind schon fast zu Markenzeichen der Bahn geworden. Darüber hinaus werden tausende von Streckenkilometern stillgelegt, Bahnhöfe geschlossen und die Zahl

der Beschäftigten halbiert. Nur die Preise, die wurden stetig immer mehr angehoben. Dadurch gingen die Fahrgastzahlen im Bahnverkehr seit 1995 um 15 Prozent zurück. Der Hintergrund für die Bahnpannen und Preissteigerungen ist vor allen Dingen die Gewinnerorientierung des privatisierten Unternehmens Deutsche Bahn AG und die jahrelange Fixierung auf den Börsengang. DIE LINKE setzt sich für einen bezahlbaren, kundenfreundlichen und zuverlässigen Bahnverkehr ein, der sich am Gemeinwohl orientiert und der eine echte Alternative zu Auto- und Flugverkehr darstellt. Und der vor allem kein Luxusgut ist, das sich nur noch Besserverdienende leisten können.

Caren Lay (MdB, Bundesgeschäftsführerin DIE LINKE)

# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 4. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 5. Juni 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 6. Juni 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 11. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Donnerstag, 14. Juni 2012	15:00 Uhr	„Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Über den Kampf der Ideen.“ (RotFuchs)	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Samstag, 16. Juni 2012	9:30 Uhr	Klausurberatung des Kreisvorstandes sowie der Kreistagsfraktion	Friedrichshof	"Herrenhaus" Ende
Montag, 18. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 19. Juni 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 19. Juni 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 20. Juni 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 20. Juni 2012	16:00 Uhr	Bürgerschaft	Rostock	Bürgerschaftssaal
Montag, 25. Juni 2012	18:00 Uhr	Forum mit MdL Hikmat Al-Sabty zum arabischen Frühling	Güstrow	"Bürgerhaus"
Montag, 25. Juni 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 26. Juni 2012	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 2. Juli 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 9. Juli 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 16. Juli 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 17. Juli 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 17. Juli 2012	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 18. Juli 2012	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 23. Juli 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 30. Juli 2012	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Samstag, 4. August 2012	10:00 Uhr	9. "Friedensfest der LINKEN in Graal-Müritz"	Graal-Müritz	Seebrückenvorplatz
Samstag, 11. August 2012		2. Politisches Sommerfest der LINKEN	Krakow am See	
Dienstag, 14. August 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 24. August 2012	19:00 Uhr	MdB Dietmar Bartsch zu Gast beim Politik-Talk	Graal-Müritz	"Haus des Gastes"
Dienstag, 18. September 2012	18:30 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 4. Oktober 2012	15:00 Uhr	„Meine seemännischen Fehler und andere Geschichten“ Kapitän a.D. Gerd Peters (RotFuchs)	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen
Donnerstag, 15. November 2012	15:00 Uhr	„Zusammenwirken der Geheimdienste der DDR und der UdSSR“ Oberst a.D. Bernd Fischer (RotFuchs)	Rostock	Mehrgenerationenh aus Evershagen

## -Wohngeld- Heizkosten einbeziehen!

Nach Ansicht der wohnungsbaupolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Regine Lück, ignorieren die Koalitionsfraktionen mit ihrer Ablehnung des Antrages der Linksfraktion „Wohngeldrecht ändern – Heizkostenanstieg abfedern“ die Ängste vieler Haushalte, Betriebskosten-Nachforderungen und steigende Heizkosten nicht mehr aufbringen zu können.

„Das betrifft rund 41 000 Wohngeldhaushalte, davon über die Hälfte Rentnerinnen und Rentner, aber auch zunehmend Haushalte, die bislang keinerlei staatliche Leistungen erhalten“, erklärte Regine Lück. Die Wiedereinführung der seit 2011 abgeschafften Heizkostenkomponente beim Wohngeld sei angesichts der Kostenspirale überfällig. „Die unter dem Vorwand gesunkener Energiekosten getroffene Entscheidung der Bundesregierung, die gerade eingeführte Heizkostenkomponente wieder zu streichen, ist von der Lebenswirklichkeit längst überholt“, so Regine Lück. Sie sieht das Land in der Pflicht, eine entsprechende Initiative zu ergreifen, damit die Heizkosten beim Wohngeld wieder einbezogen werden. Zudem sollte auch wieder ein Einmalbetrag gezahlt werden, um die Nachforderungen für Heizkosten abzumildern. „In Mecklenburg-Vorpommern erhalten doppelt so viele Privathaushalte Wohngeld wie im Bundesdurchschnitt.“

## 8. Mai 2012

Traditionell gedachte die Rostocker LINKE am 8. Mai der im 2. Weltkrieg gefallenen Soldaten.

Foto: Nico Burmeister



# Gegen die Hetze der NPD

In der Landtagssitzung vom 23.-24.05.2012 brachte die Fraktion der NPD einen Antrag zum Verbot des Baus von Minaretten in Mecklenburg-Vorpommern ein. Hierzu erklären der Landtagsabgeordnete Dr. Hikmat al-Sabty und Dr. Ahmed Maher Fakhouri (Islamische Gemeinde in Rostock):

Die NPD möchte mit dem Antrag das Muster der Schweiz kopieren. In der Schweiz fand am 29.11.2009 auf Initiative der rechten Partei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) eine Volksabstimmung zum Verbot von Minarettenbau statt. Dies wurde in der Verfassung verankert. Die SVP sprach wenig von Minarettenbau, dafür umso mehr von der Burka (Gesichtsverdeckung der Frauen), von der Scheria (islamisches Rechtssystem) und der Unterdrückung der Frauen in der islamischen Welt. Die Schweiz kämpft bis heute mit den Folgen dieses Votums, weil:

- die Probleme bei der Integration der Muslimen nicht beseitigt sind,
- die Banken unter massiven Verlusten von Geldern leiden, weil Kunden aus dem islamischen Raum ihre Konten auflösten
- der Tourismus beschädigt ist, und
- das Land seine Strahlkraft verlor.

Die NPD versucht im Landtag als „Biedermann“ zu erscheinen und äußert nur scheinbar ihre Wahrheit. Mit ihren rassistischen Hintergedanken bereitet sie damit eine Hetze gegen Muslime im Land vor, konstruiert ein Feindbild und macht die Muslime zum Sündenbock. In Wahrheit will die NPD alle Muslime und Ausländer in

Deutschland „nach Hause“ schicken. Dies kann man im Flyer des NPD-Kreisverbandes Mecklenburg-Mitte vor zwei Jahren sowie durch die massive Plakatwerbung für die Landtagswahlen im September 2011 gegen den Bau der Moschee in Rostock feststellen.

In der Islamischen Gemeinde in Rostock existiert noch kein Modell für die zukünftige

Moschee. Die Gemeinde wünscht sich einen traditionellen Moscheebau mit Minarett und Kuppel in Verbindung mit dem norddeutschen Baustil (Backstein). Ob die Moschee mit oder ohne Minarett gebaut wird, hängt von der Finanzierung ab.

Richtig ist, dass ein Minarett keine Voraussetzung für ein muslimisches Gotteshaus ist. Kein Muslim hat das je behauptet. Das Minarett stellte noch nie ein politisches Machtsymbol oder einen Ausdruck des Herrschaftsanspruchs des Islam dar.

Fakt ist, dass die NPD das Bild Mecklenburg-Vorpommerns und seine Strahlkraft beschädigen will. Wichtig ist, dass die Politik alle Probleme, die den Umgang mit den Migranten und ihre Integration betreffen, lösen muss. Es wäre ein großer Fehler, diese Themen der NPD zu überlassen.

Die NPD hofft mit diesem Antrag auch, die demokratischen Kräfte in Mecklenburg-Vorpommern gegeneinander auszuspielen. Die radikalen und menschenrechtswidrigen Forderungen wie „Verbot von Minaretten“ dürfen keine Basis in der Bevölkerung haben und nicht mehrheitsfähig werden.

## BO Rostock-Evershagen

Die Basisgruppe Rostock-Evershagen beschäftigte sich auf ihrer Mitgliederversammlung am 22.5. mit aktuellen Fragen der Linkspartei und kam zu folgender Einschätzung:

DIE LINKE hat in den letzten Wochen und Monaten ihre Anziehungskraft verloren, sie steckt in einer tiefen Krise. Die Basis verfolgt mit großer Sorge die Diskussion zur zukünftigen Führungsspitze unserer Partei. Auf dem Erfurter Parteitag haben wir mit großer Zustimmung ein tragfähiges Grundsatzzprogramm beschlossen. Wir erinnern an die Aussage „Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer politischen Kraft (...) offen und plural, Streitbar und tolerant.“ Viele Führungskader und Mandatsträger haben diese Werte noch nicht verinnerlicht. Die Strömungen in

unserer Partei sollten sich am Programm orientieren und die unterschiedlichen Grabenkämpfe um Macht und Rechthaberei lassen. (Bedauerlich betätigt sich unser Landesvorsitzender an erster Stelle an diesen zerstörerischen Aktionen.) Wir als Basis fordern Gemeinsamkeit statt Machtpoker. Wir sind DIE LINKE – muss stärker durch die Basis getragen werden und nicht von Funktionärsgehabe geprägt sein. Wir wollen, dass in Göttingen ein Leitantrag beschlossen wird, der die Potenzen des Programms ausschöpft. Wir möchten ein kooperatives Führungsteam, das auf der Grundlage des Programms eine Politik für und mit den Bürgern entwickelt. Wir brauchen eine Führungsspitze, in der Programm – Person – Partei – Politik zusammenpassen.

## Up un Dal



### Gewinner:

25.000 Teilnehmer zeigten auf der Blockupy-Demo in Frankfurt am Main Gesicht gegen die Diktatur der Finanzmärkte. Das macht sie zu Gewinnern, Verlierer ist hingegen der demokratische Rechtsstaat, denn alle weiteren Aktionen hatten die Gerichte verboten.

### Verlierer:

Der Ortsbeirat von Rostock-Dierkow lehnt es ab, eine Straße im Stadtteil nach dem NSU-Opfer Mehmet Turgut zu benennen. Das macht nicht nur Migranten sehr wütend!

## Zitat der Woche

„Unsere Mitglieder sind unser stärkstes Fundament. Übergeben wir ihnen ihre Partei: Wir wollen Mitgliederentscheide, mehr Konferenzen, Anhörungen und offene Debatten. Wir brauchen Transparenz und mehr Demokratie.“ (Aus dem Alternativen Leitantrag zum Göttinger Parteitag)

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand der Bundesparteitag statt?
2. In welcher mecklenburgischen Stadt zeigte die Landtagsfraktion Gesicht gegen Nazis?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 30.06.2012**